

Berlin, 4. Dezember 2015

Herausgeber

Michael Grosse-Brömer MdB

Brinkhaus: Die Länder einigen sich zu Lasten des Bundes

Redaktion

Ulrich Scharlack
030. 227-52360

Dr. Christina Wendt
030. 227-55375

Claudia Kemmer
030. 227-54806

Alexandra Deveci
030. 227-52511

Dr. Sven-Olaf Heckel
030. 227-52703

Mirja Menke
030. 227-52512

Telefax
030. 227-56660

Ländervorschlag verpasst Chance, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen transparenter zu machen

Im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz haben sich die Länder gestern auf eine Position zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen verständigt. Diese beinhaltet eine finanzielle Entlastung der Länder zu Lasten des Bundes in Höhe von 9 ½ Mrd. Euro. Hierzu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus:

pressestelle@cducsu.de
www.cducsu.de

„Die Länder haben sich auf Kosten des Bundes geeinigt. Dabei verweigern sie sich der vom Bund angeregten Diskussion über Entflechtung und einer höheren Transparenz bei der Mittelverteilung. Statt die Chance zu nutzen, klare Zuständigkeiten mit entsprechender finanzieller Verantwortung zu schaffen, fordern die Länder in erster Linie mehr Geld vom Bund. Das ist enttäuschend und so nicht akzeptabel.

Das Ziel eines transparenten, nachvollziehbaren Finanzausgleichssystems wird durch ein buntes Potpourri von Bundesergänzungszuweisungen konterkariert. So sollen nicht nur bestehende Zuweisungen beibehalten, sondern auch neue, sachlich unbegründete Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen eingeführt werden. Zu nennen ist beispielsweise ein Ausgleich für unterschiedliche Forschungsförderung des Bundes. Auch die sonstigen Wünsche der Länder wie die angedachte gemeinsame Schuldenaufnahme überzeugen nicht.“

